Erscheint täglich früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction: Vormittags 10—12 Uhr. Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe unverlangter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1, Louis Lösche, Katharinenstr. 18 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer Satz entsprechend höher. Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 60 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf. Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 142. Donnerstag den 22. Mai 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,

die Auslosung Leipziger Stadtschuldscheine betr.

Die Auslosung von 12 600 ℳ Capital der Anleihe vom 2 Januar 1865 (Theateranleihe), von 39 200 ℳ Capital der Anleihe vom 4. September 1876 und von 45 900 ℳ Capital der Anleihe vom 15. Mai 1884 soll

den 30. dieses Monats

Vormittags 10 Uhr im Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 13, öffentlich erfolgen.

Leipzig, den 19. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. C. Schulze.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Asphaltirung wird

die Ritterstraße

auf die Dauer der Arbeiten und deren Fortschreiten entsprechend streckenweise

für allen Fahrverkehr

gesperrt.

Leipzig, am 19. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
IX. 3176. Dr. Georgi. Leistner.

Ausschreibung.

Am Neubau der Markthalle in Leipzig soll die Lieferung des **1. Looses der schmiedeeisernen Fenster** an einen oder mehrere leistungsfähige Unternehmer vergeben werden.

Die Bedingungen und Arbeitsverzeichnisse können durch unsere Bauverwaltung im Bauburau an der Windmühlengasse hierselbst, gegen porto- und bestellgeldfreie Einsendung von 1 ℳ 50 ₰ bezogen, bez. im Bauburau, woselbst auch die Zeichnungen ausliegen, eingesehen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit der Aufschrift:

„Markthalle — schmiedeeiserne Fenster — 1. Loos"

bis 4. Juni cr., **Vormittags** 10 Uhr, im Rathhause allhier, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, portofrei einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern, bez. die Theilung der Arbeiten und die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 20. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 3502. Dr. Georgi. Rüling.

Bau-Areal,

in **nächster Nähe des Bahnhofs** und der **Harthwaldung** schön gelegen, hat billig zu verkaufen **der Stadtrath zu Zwenkau.**

Die erste Berathung des Arbeiterschutzgesetzes.

Die drei Sitzungen des Reichstages, welche der ersten Berathung des Arbeiterschutzgesetzes gewidmet waren, haben aufs Neue gezeigt, wie schwierig die vorliegende Materie zu behandeln ist. Es besteht eine gewisse Scheu auf allen Seiten, an die Sache heranzugehen, welche auch insofern am Bundesrathstische bemerkbar wurde, als der Handelsminister v. Berlepsch erst am letzten Berathungstage in die Erörterung eingriff. Die Vorlage stellt ein Compromiß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter dar, und daß sie ein solches ist, geht schon daraus hervor, daß beide Kategorien daran etwas auszusetzen finden. Den Arbeitgebern geht die Vorlage zu weit, den Arbeitern und unter diesen vorzugsweise den Socialdemokraten geht sie nicht weit genug. Die Socialdemokraten vermissen besonders Bestimmungen über den Normalarbeitstag, der ihnen als das Wichtigste erscheint, und dann wollen sie vollständige Gleichstellung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, wobei sie aber völlig außer Acht lassen, daß die Arbeitgeber Anspruch auf Schutz gegen Contractbruch haben und daß die jugendlichen Arbeiter in ihrem eigenen Interesse einer gewissen Controle unterworfen werden müssen. Herr Grillenberger nannte das Zuchthausordnung, er will nur solche Arbeitsordnungen, die von den Arbeitern anerkannt sind.

Die Rede des Herrn v. Berlepsch zieht aus den Aeußerungen der Vertreter der verschiedenen Parteien die Summe und vergleicht damit den Standpunct des Bundesrathes. Diese schwierige Aufgabe hat er in überraschender Weise gelöst und dadurch erheblich zur Klärung der verschiedenen Ansichten beigetragen. Der Minister weist die Behauptung Grillenberger's zurück, daß der Unternehmergeist bei Abfassung der Vorlage mitgewirkt habe, die Vorlage entspreche nach der Ansicht der verbündeten Regierungen den Interessen der Arbeiter wie denen der Arbeitgeber. Die verbündeten Regierungen haben einen Schritt gethan, den socialen Frieden zu wahren, ohne die Sicherheit der Industrie zu gefährden. In dem Entwurfe hat unter Beachtung der Berathungen des Staatsrathes, der Beschlüsse des Reichstages und der Internationalen Conferenz zunächst das als zweifellos Durchführbare Aufnahme gefunden, und das sind die Bestimmungen über die Sonntagsruhe und über die Frauen- und Kinderarbeit. Dem Arbeiter soll am Sonntag Gelegenheit gegeben werden, neue Kräfte zur Arbeit zu sammeln, den Gottesdienst zu besuchen und das Familienleben zu pflegen. Ebenso solle die körperliche wie die geistige Entwickelung der Kinder mehr gewahrt werden. Endlich müsse man nicht nur die schwächere Construction der Frau berücksichtigen, auch die kostbare Gesundheit der Arbeiterfrau, in der die Kraft des Vaterlandes liege, müsse sorgfältig geschont werden. So sehr sich in diesen Ausführungen die Arbeiterfreundlichkeit der verbündeten Regierungen ausspricht, so ist in dem Entwurf aber auch nicht vergessen worden, den Ausschreitungen der Arbeiter entgegenzutreten, welche nicht weniger zu bekämpfen seien, als die gewissenlose Ausbeutung der Arbeitskraft durch die Arbeitgeber. Der Entwurf bezweckt eben, Licht und Recht nach beiden Seiten gleichmäßig zu vertheilen, während Herr Grillenberger dem Unternehmerthum Eins auf den Kopf geben will.

Für vorläufig gänzlich undiscutirbar erklärte der Minister für Deutschland den Normalarbeitstag. In dieser Beziehung konnte er sich auf den Widerstand berufen, welchen die Arbeiter selbst gegen diese Einrichtung gezeigt haben. Die katholischen Arbeitervereine in Belgien erklärten, man müsse befürchten, daß das Budget des Arbeiterhaushalts beschränkt und die Leistungsfähigkeit der Industrie vernichtet würde. Nur auf Grund einer internationalen Conferenz könne man hier vorgehen. Die verbündeten Regierungen stehen auf demselben Standpunct, sie wollen nicht, daß unsere Industrie durch die Einführung des Normalarbeitstages tödtlich getroffen werde. Die Einnahme der Arbeiter werde ohnehin schon beschränkt durch den Fortfall der Sonntagsarbeit und das theilweise Verbot der Frauen- und Kinderarbeit. Wenn Herr Grillenberger für den Maximalarbeitstag anführt, daß die verringerte Arbeitszeit und der vermehrte Lohn die Arbeitskraft erhöhen, und daß die Unternehmer die verkürzte Arbeitszeit durch Verbesserung der Maschinen würden einzubringen suchen, so ist das graue Theorie, Vermuthungen, die erst durch die Thatsachen als richtig bewiesen werden müssen. Herr Grillenberger legt da einen viel zu günstigen Durchschnittsmaßstab an. Der Durchschnittsmensch neigt zur Trägheit und muß zur Arbeit angetrieben werden, die Arbeiter, welche nur das unbedingt Nothwendige thun und sich dabei möglichst wenig anstrengen, bilden die Mehrzahl. Natürlich leistet ein intelligenter Arbeiter, der seine Kräfte gebraucht, in acht Stunden mehr als ein träger Arbeiter in sechzehn Stunden, aber solche Leute sind die Ausnahme und deshalb wird der achtstündige Normalarbeitstag erst möglich, wenn der Durchschnittsarbeiter leistungsfähiger geworden ist.

Minister v. Berlepsch richtete zum Schluß an den Reichstag die Bitte, die Vorlage einer wohlwollenden Prüfung zu unterziehen, damit das Ziel erreicht werde, daß Arbeitgeber und Arbeiter in Frieden zusammen wirken können. Die verbündeten Regierungen wüßten zu ihrem Bedauern sehr wohl, daß man ihren Absichten in Arbeiterkreisen mit Mißtrauen entgegenkomme, aber auch die Arbeitgeber hätten die Befürchtung ausgesprochen, daß man mit dieser Vorlage zu weit gehe. Gerade diese Stellungnahme der Arbeitgeber zur Vorlage scheint aber zu beweisen, daß die verbündeten Regierungen die richtige Mitte getroffen haben. Eine Vorlage, die den vollen Beifall der Arbeitgeber hätte, würde von den Arbeitern die entschiedenste Ablehnung erfahren haben, so, wie die Sachen liegen, haben selbst die Socialdemokraten zugestehen müssen, daß der Gesetzentwurf im Vergleich mit dem gegenwärtigen Zustande einen Fortschritt darstellt.

Ein Hauptangriff des Abgeordneten Grillenberger gegen die Vorlage richtet sich gegen die Vernichtung des Coalitionsrechts durch die Bestrafung des Contractbruches der Arbeiter. Es scheint also, daß sich nach socialdemokratischer Anschauung Kündigung und Coalitionsrecht gegenseitig ausschließen, die Socialdemokraten betrachten es als das gute Recht der Arbeiter, die Arbeit ohne vorherige Kündigung einzustellen, das widerspricht aber den bestehenden Gesetzen, und wenn der Entwurf hier auf Strafandrohungen einschreitet, so ist das nicht nur vom Standpuncte des Arbeitgebers aus, sondern im Interesse der Aufrechthaltung von Ordnung und Recht mit Genugthuung zu begrüßen. Herr Grillenberger verlangt, daß nicht nur der Contractbruch der Arbeitgeber gleichfalls bestraft wird, sondern daß dieses Vergehen überhaupt nur am Arbeitgeber geahndet wird. Das ist charakteristisch für die socialdemokratischen Rechtsbegriffe. Wir finden es durchaus gerechtfertigt, daß der contractbrüchige Arbeitgeber ebenso vom Gesetze getroffen wird wie der contractbrüchige Arbeiter, aber die Erfahrung hat gelehrt, daß dieses Vergehen gewohnheitsmäßig nur von den Arbeitern begangen wird. Die Zahlen, welche Herr von Berlepsch in dieser Beziehung mitgetheilt hat, reden eine sehr eindringliche Sprache. Im Laufe von 1¼ Jahren haben in 574 Betrieben 26 395 Arbeiter die Arbeit ohne Kündigung niedergelegt. Das soll nach dem Wunsche der Socialdemokraten straflos bleiben.

Leipzig, 22. Mai.

* Am Dienstag hielten die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für das Landheer und die Festungen, für das Seewesen und für Rechnungswesen, sowie die vereinigten Ausschüsse für das Landheer und die Festungen und für Rechnungswesen Sitzungen ab.

* Aus Berlin wird der officiösen Wiener „Politischen Correspondenz" zur Lage geschrieben:

Eine Wiener Correspondenz der „Times", die wegen ihres sensationellen Charakters eine gewisse Aufmerksamkeit erregt hat, will aus „zuverlässiger Quelle" die Nachricht erhalten haben, der Kaiser von Rußland habe sich entschlossen, die bisher von ihm befolgte Politik zu verlassen, um zu einem Bündnisse zwischen den Romanows und Hohenzollern zurückzukehren. Bei der bevorstehenden Anwesenheit des deutschen Kaisers in Krasnoje Selo würde wahrscheinlich ein Pact zum Abschluß gelangen, der die gegenwärtige Gruppirung der europäischen Mächte gänzlich ändern würde.

Wir Correspondent kann nicht wissen, aus welcher Quelle der „Times"-Berichterstatter seine Nachricht geschöpft hat, und ebensowenig kennt derselbe die geheimen Absichten des russischen Kaisers; er glaubt aber über die Dispositionen der deutschen Regierung aus deren wiederholten Kundgebungen und auf Grund der in den hiesigen maßgebenden Kreisen laut werdenden Ansichten hinreichend informirt zu sein, um der „Times"-Nachricht Folgendes entgegenhalten zu können:

Daß Deutschland eine friedliebende Politik verfolgt, ist im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte nicht nur in zahlreichen Aeußerungen der der Regierung nahestehenden Presse und aus dem Munde des jeweiligen Leiters der deutschen Politik wiederholt öffentlich verkündet, sondern auch durch Handlungen und Thatsachen unwiderleglich dargethan worden. Zur Verfolgung einer friedlichen Politik gehört aber in erster Linie ein gutes Verhältniß zu den Nachbarstaaten, und Deutschland ist in Folge dessen stets bestrebt gewesen, sich mit den Großmächten, insbesondere mit seinem russischen Nachbar auf guten Fuß zu stellen. In logischem Zusammenhang hiermit hat Deutschland sich auch, als es im Westen und Osten seiner Grenzen das Eintreten weniger friedlicher Dispositionen wahrzunehmen glaubte, in der Absicht, seiner Friedenspolitik mehr Nachdruck geben zu können, mit denjenigen Staaten verbündet, die es von gleichen friedlichen Absichten durchdrungen wußte. Auf diese einfache und unzweideutige Weise und mit dem klar definirten Ziele, den Frieden aufrecht zu erhalten, ist die Tripel-Allianz entstanden, und an diesem Friedensbund zu Dreien wird die deutsche Regierung unverbrüchlich festhalten. Sie ist daher gar nicht in der Lage, mit anderen Staaten Verträge anders abzuschließen, als in Gemeinschaft mit seinen beiden Verbündeten. Dies ist in St. Petersburg ebenso bekannt, wie in Wien und Rom. Wollte sich daher Rußland, wie der Wiener „Times"-Correspondent annimmt, dem Deutschen Reiche in einer Weise nähern, die über das bisherige, auf freundnachbarlichen Beziehungen beruhende Verhältniß hinausginge, so müßte sich die russische Regierung in erster Linie darüber klar sein, daß Deutschland einen Pact nur in der für dasselbe festgelegten Stellung als eines der Mitglieder des Dreibundes schließen kann.

Eine solche einzig mögliche Annäherung Rußlands an Deutschland würde aber nicht, wie die Wiener „Times"-Correspondenz annimmt, „die gegenwärtige Gruppirung der europäischen Mächte gänzlich ändern", sondern lediglich ein Hinzutreten Rußlands zu der friedensliebenden bedeuten. — Ob in Rußland dahingehende Intentionen obwalten, entzieht sich, wie bereits hervorgehoben, der Kenntniß Ihres Correspondenten; unter allen Umständen dürfte es aber vielleicht nicht ohne Bedeutung sein, den von der „Times" lancirten Gedanken eines russisch-deutschen Separat-Abkommens auf Grund der thatsächlichen Verhältnisse in das rechte Licht zu stellen.

* Die telegraphisch erwähnte Zuschrift, welche Major Liebert an die „Hamburger Nachrichten" gerichtet hat, lautet wörtlich:

Die „Hamburger Nachrichten" bringen in der Abendausgabe vom 16. d. M. (Nr. 116) einen Bericht über Aeußerungen, welche ich bezüglich des Verhältnisses der Engländer und Deutschen in Ostafrika gemacht haben soll.

In dem Berichte heißt es: „Major Liebert ist der Ansicht, daß die Engländer von Wissmann und seiner Truppe das Schlimmste für ihre eigene Macht in Afrika fürchten. Das sei der wahre Grund der politischen Schwierigkeiten, die sie machen. . . . . Die deutschen Officiere genossen in dem schwarzen Erdtheil ein solches Ansehen und zugleich Liebe und Vertrauen, daß die Engländer vor dem Gedanken zitterten, die bis jetzt kleine deutsche Macht in Afrika könnte sie und ihren ganzen Einfluß in Afrika vollständig verdrängen, sobald sie sich weiter vernehmen würde. Die Engländer seien allgemein verhaßt. Die englischen Officiere, sagen sie (die Sudanesen), haben überall hinter uns gestanden, die deutschen gehen uns immer voran. Die Letzteren setzen bei jeder Gelegenheit ihr Leben ein. Die Engländer schonen dagegen das ihre."

Die Angabe, daß ich diese Aeußerungen gethan habe, ist thatsächlich unrichtig, und muß ich als deutscher Officier Verwahrung dagegen einlegen, daß mir eine derartige unerhörte und unzutreffende Kritik gegen eine uns eng befreundete Nation und Armee unterstellt wird.

Auf Grund des §. 11 des Reichsgesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 ersuche ich die geehrte Redaction, vorstehende Berichtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes aufzunehmen.

Liebert,
Major im Generalstabe.

Die „Hamburger Nachrichten" fügen dem Abdruck dieser Erklärung Folgendes hinzu:

„Wir finden den Unmuth des Herrn Major Liebert über die ihm zugeschriebenen Aeußerungen nicht nur vollkommen gerechtfertigt, sondern wir theilen ihn. Wir können nur unserem Bedauern darüber Ausdruck verleihen, daß die betreffende Berliner Correspondenz, obwohl sie redactionell beanstandet war, durch ein Versehen zum Abdruck gelangt ist, bevor die in der Correctur vorgenommenen Streichungen thatsächlich ausgeführt waren."

Die Art, wie die Erklärung des Majors Liebert durch die officiöse Telegraphen-Agentur im Voraus angekündigt und alsdann verbreitet worden, zeigt, wie großen Werth man in den Regierungskreisen — mit Recht — auf die entschiedene Zurückweisung der unqualificirbaren Schmähung gegen die englischen Officiere gelegt hat. Die öffentliche Meinung in Deutschland wird darin mit der Regierung überall einverstanden sein. Auch an eine „Verdrängung" der Engländer aus Afrika denkt in Deutschland kein vernunftiger Mensch. Wir wollen uns mit England über die colonialen Thätigkeit in Afrika betreffs aller streitigen Puncte freundschaftlich verständigen, damit die beiden Völker künftig dort Hand in Hand, nicht gegen einander, arbeiten.

* Der kaiserlich russische Botschafter am Berliner Hofe, Graf Schuwaloff, beabsichtigt im Laufe dieser Woche bei Seiner Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck einen Besuch abzustatten.

* Wie bekannt, hatte der Bundesrath vor einiger Zeit einen auf die Zwangserziehung bezüglichen Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen angenommen. Derselbe wurde dem reichsländischen Landesausschuß vorgelegt und hat von diesem einige Aenderungen erfahren. Die letzteren gehen namentlich darauf aus, die Bedingungen, an welche das Eingreifen von Obrigkeitswegen geknüpft ist, genauer zu formuliren und zu erweitern. Auch die Frage der Zuständigkeit für die Anordnung der Unterbringung verwahrloster Kinder hat eine Modification erfahren. An die Stelle der Bezeichnung des Entwurfes „betreffend die Zwangserziehung" ist die „betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder" getreten. Der Entwurf ist in dieser abgeänderten Gestalt wieder an den Bundesrath gelangt und dürfte von dem letzteren in einer seiner nächsten Sitzungen zur Erledigung gebracht werden.

* Bisher konnten die Erfolge des deutschen Sprachunterrichts in den Schulen des französischen Gebiets Elsaß-Lothringens nur als sehr gering bezeichnet werden. Die älteren Lehrer waren vielfach nicht im Stande, deutsch zu unterrichten; auch wurden der deutschen Sprache nur wenige Stunden gewidmet. Was die Kinder im Deutschen prästirten, war meist in einigen Jahren vergessen und wurde höchstens bei den jungen Leuten, die im deutschen Heere drei Jahre dienen mußten, wieder aufgefrischt und vervollständigt. Jetzt hat die Regierung mit den früheren Bestimmungen gebrochen und angeordnet, daß in sämmtlichen französischen Volksschulen des Reichslandes auf der Oberstufe nur noch vier Unterrichtsstunden (der Religionsunterricht) in französischer Sprache ertheilt werden dürfen, während der gesammte übrige Unterricht deutsch zu geben ist. Auf der Unter- und Mittelstufe müssen dem Deutschen 8 bez. 10 Stunden gewidmet werden. Damit der Katechismus in der Muttersprache ertheilt werden kann, beginnt der französische Leseunterricht im ersten, der deutsche dagegen erst im dritten Schuljahr. Die Realien werden auf Kosten des deutschen Sprachunterrichts beschränkt. In allen Schulen des gemischten Sprachgebietes, in denen sich ein bestimmter Procentsatz deutschredender Schüler vorfindet, wird der französische Unterricht auf allen Stufen auf vier Wochenstunden vermindert. Werden diese Bestimmungen mit Nachdruck durchgeführt, so sind gewiß günstige Erfolge zu erhoffen.

* * *

* Kurz vor seiner diesjährigen Hauptversammlung, die am Pfingstmontag (26. Mai) in Linz in Oberösterreich stattfinden wird, hat der Deutsche Schulverein in Wien eine Uebersicht über seine Thätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens veröffentlicht, die den Nachweis liefert, daß der deutschnationale Verein auch im verflossenen Jahre eine segensreiche Thätigkeit zu Gunsten bedrohter deutscher Gemeinden an den Sprachgrenzen entfaltet hat. Wir entnehmen der Uebersicht folgende Angaben: Gegenwärtig erhält der Verein 37 deutsche Schulen mit 86 Classen in 91 Abtheilungen. Von diesen Schulen finden sich in Böhmen allein 22, in Mähren 8, in Schlesien 3, in Galizien und Steiermark je 1 und in Krain 2. Die bedeutendsten Schulen des Vereins sind die zu Holleschowitz (5 Classen mit 8 Abtheilungen), Lieben (5 Classen) und Werschowitz (4 Classen) bei Prag, zu Josefstadt, Königgrätz, Iserthal und Podhart-Königinhof im östlichen Böhmen (je 4 Classen), in der Prager Vorstadt zu Pilsen (5 Classen), zu Freiberg (3 Classen) und Königsfeld bei Brünn in Mähren (4 Classen), in der Ratiborer Vorstadt zu Troppau (4 Classen), in Lipnik in Galizien (3 Classen) und in Laibach (4 Classen). Im letzten Jahr wurden neu errichtet die Schulen zu Putzlitz in Böhmen, zu Eisenberg und Pawlow in Mähren und zu St. Egidi in Steiermark. Die Schule zu Pobedi mußte aufgelassen werden; infolge der czechischen Agitationen war die Zahl der deutschen Schüler so gering geworden, daß die Erhaltung der Anstalt nicht mehr lohnte. Die Zahl der Vereinskindergärten betrug 58; davon bestanden in Böhmen 37, in Mähren 12, in Schlesien 3, in Steiermark 2, in Krain 3, in Tirol 1. Weiter wurden im abgelaufenen Vereinsjahre 44 Schulen und 33 Kindergärten subventionirt, an 15 Gemeinden größere oder geringere Beträge zum Bau neuer Schulgebäude verwilligt; in 12 Gemeinden (gegen 51 im Vorjahre) wurden deutsche Bibliotheken aufgestellt und an 39 Schulen verschiedene Lehr- und Lernmittel abgegeben, Theils zur Gewinnung, theils zur Erhaltung tüchtiger Lehrer an Schulen in sprachlich bedrohten Orten wurden 79 Gehaltszulagen (in den czechischen und deutsch-czechischen Orten Nieder-Oesterreichs allein 15) und 47 Ehrengaben gewährt. In 17 Fällen wurde das Schulgeld für arme Kinder bezahlt; in 31 Vereinsschulen wurden Weihnachtsbescheerungen veranstaltet. Die gesammten verrechneten Einnahmen des Deutschen Schulvereins betrugen im Jahre 1889: 302 850 fl. gegen 295 557 fl. im Jahre 1887, gegen 256 100 fl. im Jahre 1884, gegen 153 100 fl. im Jahre 1882. Der unantastbare Gründerfonds, von dem nur die Zinsen verwendet werden dürfen, ist auf 171 217 fl., der Baufonds, dessen Capitalien zum Bau von Schulhäusern Verwendung finden, auf 70 521 fl. gestiegen. Bis Ende 1889 gab der Deutsche Schulverein im Ganzen 1 840 000 fl. für Schulzwecke aus. Bald wird die Summe von 2 Millionen Gulden überschritten sein.

* In Folge der dem schweizerischen Bundesrathe durch eine Delegation des Genfer Vereines für eine Unterdrückung der Spielhäuser gemachten Mittheilung, daß gegenwärtig noch immer unter der Firma „Cercles" 6 derartige Anstalten in Genf existiren, hat der Bundesrath der dortigen Regierung abermals die Weisung zugehen lassen, dafür zu sorgen, daß in strengster Weise dem in der Bundesverfassung (Art. 35) enthaltenen Verbote aller Hazardspiele in dem Gebiete der Schweiz nachgekommen werde. Bekanntlich ist eine solche Weisung an die Genfer Regierung schon mehrmals erlassen worden, ohne daß dem gewerbsmäßigen Treiben der Hazardspiele in Genf Abbruch geschah.

* In der französischen Kammer gelangte am Dienstag das Gelbbuch über die Berliner Arbeiterschutz-Conferenz zur Vertheilung; dasselbe umfaßt 20 ihrem wesentlichen Inhalte nach bereits bekannte Schriftstücke und die Protokolle über die Sitzungen der Berliner Conferenz.

* Die Gesandtschaft der Vereinigten Staaten von Brasilien in Berlin erhielt ein Telegramm von ihrer Regierung, nach welchem die in Deutschland verbreiteten Nachrichten über Aufstände und revolutionaire Bewegungen in dem Staate „Rio Grande do Sul" (Brasilien) als vollständig erfunden und jeder Begründung entbehrend bezeichnet werden. — So ganz ohne Grund ist wohl die Nachricht nicht gewesen.

Colonialpolitisches.

Die Unterwerfung der ganzen Küste von Deutsch-Ostafrika.

* Die letzten Erfolge des Reichscommissars Wissmann haben etwas Verblüffendes. Von Anfang an hatte man (so führt die „Kölnische Zeitung" aus) in sachkundigen Kreisen die Unterwerfung der südlichen Küste des deutschen Interessengebietes für den schwierigsten Theil der Aufgabe gehalten, welche dem Reichscommissar in Ostafrika gestellt war. Jetzt hat sich diese Besetzung der südlichen Küste durch die Reichstruppe in wenigen Tagen vollzogen, während die Unterwerfung des Nordens fast ein Jahr erfordert hatte. Mit den Häfen Kilwa, Lindi und Mikindani sind die Hauptverschiffungsplätze für Sclaven und zugleich die einzigen Küstenstädte, welche der deutschen Herrschaft in Ostafrika bisher noch widerstanden, in unsere Gewalt gebracht. Diesen überraschenden Erfolg darf man wohl dem Zusammenwirken einer Reihe günstiger Umstände zuschreiben. Zunächst hatte sich während des letzten Jahres in Folge der völligen Unterwerfung der Araber des Nordens in Ostafrika die Ueberzeugung verbreitet, daß über die bisherigen Alleinherrscher von Ostafrika, die Araber, ein Stärkerer gekommen sei. Wie diese Ueberzeugung mehr und mehr den Muth der Araber beugte, so bewog sie die eingeborene Negerbevölkerung, das Joch des Araberthums abzuschütteln und sich dem Mächtigeren, dem deutschen Schutzherrn, in die Arme zu werfen. Die interessanten Mittheilungen des Pater Schynse werfen auf diese schnelle Wandlung in der Gesinnung der Neger ein helles Licht. Kenner der Verhältnisse hatten sie aus dem Negercharakter heraus vorhergesagt, denn der Neger gehorcht gern dem Mächtigen, der ihn gegen Jeden schützen kann. Sodann hatte die Reichstruppe während der Kämpfe des verflossenen Jahres den Feind und die Art seiner Bekämpfung kennen gelernt, während zugleich ihre Disciplin in hohem Grade gesteigert wurde. Mit am meisten hat aber jedenfalls die Zahl der im Süden verwandten Truppe zu deren Erfolg beigetragen, betrug sie doch mehr als doppelt soviel als die anfänglich für den Krieg im Norden bereit gestellte. Es ist an dieser Stelle von Anfang an wiederholt hervorgehoben worden, wie ungleich praktischer es ist, von vornherein mit ausreichender Macht vorzugehen, als sich nur allmälig durch die Verhältnisse zu einer reichlicheren Machtentwicklung drängen zu lassen. Das Letztere ist nicht nur langwieriger, sondern auch bedeutend kostspieliger. Die Sparsamkeitsapostel im Lager des Deutschfreisinns hätten hieraus vor Allem ihr Augenmerk richten sollen, statt immer wieder die schwärzesten Prophezeiungen auszustoßen, als ob wir vor Ausgaben ohne Ende ständen; dann wären wir vielleicht noch schneller und gründlicher mit den arabischen Sclavenhändlern fertig geworden. Wie im Norden, so hat auch im Süden die deutsche Marine wesentlich zu dem Erfolge beigetragen, indem sie durch ihre Granaten die Küstenbevölkerung überzeugte, daß ihres Bleibens an der ganzen Küste nicht sein könne. Es steht wohl zu erwarten, daß die aus den Küstenstädten geflohenen Araber sich in den Busch zurückziehen und dort einen ferneren Widerstand versuchen, oder daß sie tiefer im Innern an den Karawanenstraßen sich festzusetzen suchen werden. In ihren Buschbefestigungen dürften sie aber bald durch die umwohnenden Neger ausgehungert werden, da letztere bereits beginnen, sich unter den Schutz des Reichscommissars zu stellen. Von den Karawanenstraßen aber würde sie die deutsche Truppe Schritt für Schritt vertreiben, je weiter dieselbe ihre Stationen zum Schutz dieser Straßen ins Innere vorschiebt. Das ist aber keine Machtfrage mehr, sondern nur eine Frage der Zeit, auch hier würde schnelle Hilfe doppelte Hilfe sein.